

Religionslehrer als Ethiklehrer für Konfessionsfreie?

Anfechtung wegen Wertedivergenzen

1 Es ist geplant (bzw. bei Schulversuchen schon Praxis), im Ethikunterricht LehrerInnen einzusetzen, die seitens der Kirche für den katholischen Religionsunterricht zugelassen sind.

Aus der Sicht Konfessionsfreier bestehen im Fall, dass dieser Ethikunterricht nur für jene Schüler verpflichtend ist, die vom Fach „Religion“ abgemeldet sind, besonders schwere Bedenken – genau genommen Ausschließungsgründe – gegen diese LehrerInnen.

Denn sie sind Werten verpflichtet, die von den für die Zielgruppe maßgeblichen Werten deutlich abweichen bzw. mit ihnen sogar eklatant unverträglich sind.

Dazu zwei Beispiele:

1.1 Erkenntniszugang laut kirchlicher Dogmatik

(offizielle und leicht zugängliche Belege: Katechismus (1993), Artikel 26, 142, 146, 150, 155, 176, 180; ausführlicher dokumentiert in <http://www.atheisten-info.at/downloads/geyer.pdf>)

Kurzfassung:

In der Auseinandersetzung mit der sich entwickelnden Wissenschaft hat die katholische Kirche 1870 zwei grundlegende Dogmen über den prinzipiellen Zugang zu Erkenntnis deklariert:

- Glaube hat Vorrang vor Vernunft.
- Glaube und Vernunft können einander (letztlich?) nicht widersprechen.

Diese jedem modernen Wissenschaftsverständnis hohnsprechenden Aussagen gelten für die Kirche nach wie vor. (Sie wurden 1965 im Zweiten Vatikanischen Konzil wie auch im aktuellen Katechismus (1993) und in der päpstlichen Enzyklika „Fides et Ratio“ (1998) bekräftigt.)

Das wird aber noch übertroffen durch die weitere Aussage, Glaube gäbe mehr Gewissheit als jede andere Erkenntnisform (Katechismus (1993), Artikel 157).

Von diesen Grundsätzen innerlich überzeugt zu sein ist also essentieller Wert für und Anforderung an Religionslehrer. Meines Wissens sind kirchlich zugelassene Lehrer verpflichtet, die katholischen Werte nicht nur im Religionsunterricht an die Schüler weiterzugeben.

Bemerkenswerterweise sind laut den Lehrplänen (z. B. BGBl. Nr. 134/2000) dazu völlig konträre Prioritäten gesetzlich verpflichtend, etwa:

Die ... Schule hat ... an der Heranbildung der jungen Menschen mitzuwirken, nämlich beim Erwerb von Wissen, bei der Entwicklung von Kompetenzen und bei der Vermittlung von Werten. **Dabei ist die Bereitschaft zum selbstständigen Denken und zur kritischen Reflexion besonders zu fördern.** (...)

Die Schülerinnen und Schüler sollen eigene weltanschauliche Konzepte entwerfen und ihre eigenen Lebenspläne ... entwickeln. (...)

Den Fragen und dem Verlangen nach einem sinnerfüllten Leben in einer menschenwürdigen Zukunft hat der Unterricht **mit einer auf ausreichende Information und Wissen aufbauenden Auseinandersetzung mit ethischen und moralischen Werten und der religiösen Dimension des Lebens zu begegnen.**

Religionslehrer sind demnach

- a) Infolge der genannten kirchlichen Grundsätze auf eine ganz besondere Weise befangen, und wie weit sie von ihrer Konfession abweichende Grundhaltungen überhaupt vermitteln können ist anzuzweifeln. Darüber hinaus stehen sie
- b) in einem dauernden Gewissenskonflikt, welchem der beiden „Herren“ Staat (der sie bezahlt) und Kirche (der sie ihre Seele verschrieben haben) sie dienen sollen.

Beides gilt natürlich bereits im Normalfall (Religionslehrer unterrichten Religion), weil die angesprochenen Lehrplanbestimmungen ausnahmslos gelten.

Im Fall Ethikunterricht – und insbesondere für Schüler, die mit Religion nichts am Hut haben wollen – spitzt sich die Unverträglichkeit aber nochmals drastisch zu.

Zusätzliche Sprengkraft bietet der Aspekt, dass gläubige Haltung eine Voraussetzung und Nährboden für Ideologien, Esoterik (z. B. Astrologie) und Sekten ist.

1.2 Kirchlich propagierte Sexualmoral

Restriktive Bestimmungen laut Katechismus:

Homosexualität (Artikel 2357)

Masturbation (Artikel 2352)

Heterosexualität (Artikel 2350, 2353)

Empfängnisverhütung (Artikel 2370)

Abtreibung (Artikel 2271)

stehen in deutlichem Widerspruch zur gesellschaftlichen Situation bzw. zu gesetzlichen Vorgaben und zum medizinischen Stand des Wissens.

Insbesondere bezüglich Abtreibung kann bei allfälliger Thematisierung im Unterricht mit keiner gesetzeskonformen Stellungnahme katholischer Religionslehrer gerechnet werden, ohne dass diese sich schwer gegen kirchliche Lehre vergehen! (Insofern sollten Religionslehrer eigentlich schon zu deren eigenem Schutz von der Schulbehörde nicht für Ethikunterricht eingesetzt werden.)

2) Einspruchsmöglichkeiten

Juristisch gangbar müssten m. E. Anfechtungen für Eltern mit betroffenen Schulkindern sein.

Neben dem Weg der Information der Öffentlichkeit / Medien über diesen Aspekt bieten aber ev. auch Anfragen im Bildungsministerium folgender Art eine Chance auf weitere Schritte:

- Wie lautet die Verpflichtung im Wortlaut, an die ReligionslehrerInnen gegenüber ihrer Konfession gebunden sind?
 - mit welchen Aussagen ist von ReligionslehrerInnen im Ethikunterricht zu rechnen, wenn deren Konfession eine strengere bzw. grundsätzlich andere Sicht der Werte hat?
 - Wie stellt die Schulbehörde sicher, dass die Wertvorgaben von Staat und Gesellschaft (Lehrplan, aber auch „etablierte“ Sexualmoral ...) trotz Wertekonflikten eingehalten werden?
-